Europäisches Arbeitsrecht

Bearbeitet von Prof. Dr. Maximilian Fuchs, Prof. Dr. Franz Marhold

4. Auflage 2014. Buch. 600 S. Gebunden ISBN 978 3 7046 6493 8

Recht > Arbeitsrecht > Arbeitsrecht allgemein, Gesamtdarstellungen
Zu Leseprobe

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Abk	ürzungsverzeichnis X	VII
Lehr	bücher zum Europäischen Arbeitsrecht X	XV
Erst	er Teil Funktion und Aufgabe des Europäischen Arbeitsrechts	1
I.	Freizügigkeit der Arbeitnehmer	2
II.	Harmonisierung nationaler Arbeitsrechte als Wettbewerbsproblem	1 6
III.	Wettbewerbspolitisch motiviertes Europäisches Arbeitsrecht	9
IV.	Elemente eines kollektiven Europäischen Arbeitsrechts	11
	A. Der soziale Dialog	12
	B. Beteiligung von Arbeitnehmervertretern an unternehmerischen	
	Entscheidungen	15
V.	Arbeitsschutzrecht	19
VI.	Die Ermächtigung der EU zu arbeitsrechtlicher Normgebung	23
	A. Protokoll und Abkommen über die Sozialpolitik	23
	B. Der Vertrag von Amsterdam	24
	C. Der Vertrag von Lissabon	25
	Soziale Grundrechte	27
VIII	Der Einfluss der europäischen Beschäftigungs-, Wirtschafts- und	
	Stabilitätspolitik auf das Arbeitsrecht der Mitgliedstaaten	38
	A. Das Kapitel über Beschäftigung im AEUV	38
	B. Die Lissabon-Strategie	40
	C. Strategie Europa 2020	42
	D. Wirtschafts- und stabilitätspolitische Maßnahmen während	
	der Finanzkrise	43
	1. Euro-Plus-Pakt (EPP)	44
	a) Förderung der Wettbewerbsfähigkeit	44
	b) Förderung der Beschäftigung	45
	c) Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffent-	
	lichen Finanzen	45
	2. Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)	46

	E.	Folgen für die Entwicklung der nationalen Arbeitsrechts-	
		ordnungen	47
	F.	Die Zukunft des europäischen Arbeitsrechts	49
Zwe	iteı	· Teil Regelungsbereiche des Europäischen Arbeitsrechts	51
I.	Da	as Recht der Freizügigkeit der Arbeitnehmer	51
	A.	Die Struktur der Bestimmungen über die Freizügigkeit	53
		1. Primäres Gemeinschaftsrecht	53
		2. Sekundäres Gemeinschaftsrecht	55
	В.	Der persönliche Geltungsbereich der Vorschriften über die	
		Arbeitnehmerfreizügigkeit	55
		1. Der Begriff des Arbeitnehmers	55
		a) Auslegung durch den EuGH	56
		b) Arbeitnehmer im Sinne anderer unionsrechtlicher	
		Vorschriften	60
		c) Berufung auf Art 45 AEUV durch den Arbeitgeber	61
		2. EU-Staatsangehörige	63
		a) Übergangsvorschriften	63
		b) Assoziationsabkommen	65
		c) Unionsrechtliche Regelungen für Drittstaatsangehörige	68
		3. Ausschluss der öffentlichen Verwaltung	71
	C.	Räumlicher Anwendungsbereich	73
	D.	Das Recht der Ein- und Ausreise und des Aufenthaltes	76
		1. Rechte der Arbeitnehmer	76
		a) Ein- und Ausreisefreiheit (Art 4 und 5 RL 2004/38/EG).	76
		b) Aufenthaltsrecht (Art 6 ff RL 2004/38/EG)	77
		2. Rechte der Familienangehörigen	79
		a) Ein- und Ausreisefreiheit (Art 4 und 5 RL 2004/38/EG).	81
		b) Aufenthaltsrecht (Art 6 ff RL 2004/38/EG)	81
		c) Unterricht und Berufsausbildung für Kinder	
		(Art 10 VO (EU) Nr. 492/2011)	84
	E.	Verbot der Ausländerdiskriminierung/Gebot der Gleich-	
		behandlung	86
	F.	Beschränkungsverbot	95
	G.	Soziale und steuerliche Vergünstigungen (Art 7 Abs 2 VO	
		(EU) Nr 492/2011)	99
		1. Soziale Vergünstigungen	99
		2. Steuerliche Vergünstigungen	104
	Η.	Das Verbleiberecht	107
		1. Verbleiberecht des Arbeitnehmers	107
		2. Verbleiberecht der Familienangehörigen	108

	I.	Beschränkung des Bleiberechts aus Gründen der öffentlichen	
		Sicherheit, Ordnung und Gesundheit	109
		1. Materielles Recht	
		a) Öffentliche Sicherheit und Ordnung	111
		b) Das persönliche Verhalten des Betroffenen	
		2. Verfahrensrecht	
	J.	Ungehinderter Zugang zu Arbeitsplätzen	118
		1. Sicherung der Arbeitsvertragsfreiheit	
		2. Diskriminierungsfreie Qualifikationsanforderungen	122
		a) Sprachkenntnisse	122
		b) Anerkennung von Berufsqualifikationen	
		(RL 2005/36/EG)	
		3. Recht der Familienangehörigen auf berufliche Tätigkeit	131
		a) Recht der Ein- und Ausreise und des Aufenthalts	132
		b) Europäisierung der Arbeitsvermittlung	134
		c) Abschaffung staatlicher Vermittlungsmonopole	136
		d) Arbeitslosenunterstützung	137
II.	In	dividualarbeitsrecht	138
	A.	Abschluss und Inhalt des Arbeitsvertrages	138
		1. Nachweis des Inhalts des Arbeitsvertrages	
		(RL 91/533/EWG)	138
		a) Von der Richtlinie erfasste Arbeitsverhältnisse	139
		b) Unterrichtungsverpflichtung des Arbeitgebers über die	
		wesentlichen Punkte des Arbeitsvertrages	141
		c) Unterrichtungsverpflichtung des Arbeitgebers über die	
		Änderungen der Arbeitsbedingungen	143
		d) Rechtswirkungen des schriftlichen Nachweises der	
		Arbeitsbedingungen	143
		e) Rechtsschutz	144
		2. Teilzeitarbeit (RL 97/81/EG)	145
		3. Befristete Arbeitsverträge (RL 1999/70/EG)	149
		4. Schutz der Leiharbeitnehmer (RL 2008/104/EG)	155
		a) Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen der	
		Leiharbeitsrichtlinie	158
		b) Überprüfung der Einschränkungen und Verbote	160
		c) Grundsatz der Gleichbehandlung: das Diskriminierungs-	
		verbot von Leiharbeitnehmern	161
		d) Zugang zu Beschäftigung, Gemeinschaftseinrichtungen	
		und beruflicher Aufstieg	
		e) Betriebsverfassungsrechtliche Regelungen	168

	f) Sanktionen	168
В.	Antidiskriminierung (RL 2006/54/EG, RL 2000/43/EG,	
	RL 2000/78/EG)	169
	1. Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Geschlechter	
	in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (RL 2006/54/EG)	173
	a) Der persönliche Anwendungsbereich der RL 2006/54/EG	173
	b) Gleiches Entgelt für Männer und Frauen	175
	aa) Persönlicher Anwendungsbereich des Art 157 AEUV	176
	bb) Der Entgeltbegriff des Art 157 AEUV	178
	cc) Gleiche oder gleichwertige Arbeit	183
	dd) Unmittelbare und mittelbare Diskriminierung beim	
	Entgelt	
	ee) Rechtfertigungsgründe für Ungleichbehandlungen	192
	ff) Rechtsfolgen des Verstoßes gegen das Gleichbehand-	
	lungsgebot gem Art 157 AEUV	
	c) Gleichbehandlung und betriebliche Altersversorgung	197
	d) Gleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zur	
	Beschäftigung	205
	aa) Unmittelbare Diskriminierungen beim Zugang zur	
	Beschäftigung	206
	bb) Mittelbare Diskriminierungen beim Zugang zur	
	Beschäftigung	
	cc) Ausnahmen vom Gleichbehandlungsgrundsatz	210
	i) Geschlechtsbezogenes Merkmal als wesentliche	
	und entscheidende berufliche Anforderung	210
	ii) Nationale Vorschriften zum Schutz der Frau ins-	24.4
	besondere bei Schwangerschaft und Mutterschaft	214
	e) Gleichbehandlung hinsichtlich sonstiger Arbeits-	217
	bedingungen	21/
	aa) Diskriminierungen hinsichtlich der Arbeits-	210
	bedingungenbb) Diskriminierungen hinsichtlich der Entlassungs-	210
	bedingungenbedingungen	227
	f) Verstöße gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz,	221
		232
	g) Beweislast der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	
	h) Fördermaßnahmen (positive Diskriminierung)	
	i) Förderung des sozialen Dialogs	
	2. Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der	413
	ethnischen Herkunft (RL 2000/43/EG)	244
	a) Geltungsbereich der RL 2000/43/EG	

	b) Ausnahmen und Verschärfungen des Diskriminierungs-	
	verbots	249
	c) Positive Maßnahmen	249
	d) Rechtsbehelfe und Rechtsdurchsetzung	250
	e) Mit der Förderung der Gleichbehandlung befasste Stellen.	
	3. Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und	
	Beruf (RL 2000/78/EG)	
	a) Geltungsbereich der RL 2000/78/EG	257
	b) Ausnahmen ("berufliche Anforderungen") und Verschär-	
	fungen des Diskriminierungsverbots	
	c) Die einzelnen Diskriminierungsgründe	
	aa) Diskriminierung wegen einer Behinderung	
	bb) Diskriminierung wegen des Alters	
	cc) Diskriminierung wegen der Religion oder Weltan-	
	schauung	266
	dd) Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung	
	d) Positive und spezifische Maßnahmen	
	e) Rechtsbehelfe und Rechtsdurchsetzung	
C.	Arbeitnehmerschutz bei Insolvenz, Massenentlassung und	
	Betriebsübergang	272
	1. Insolvenzrechtlicher Schutz der Arbeitsvergütung	
	(RL 2008/94/EG)	272
	a) Anwendungsbereich der Insolvenzrichtlinie	273
	b) Errichtung einer Garantieeinrichtung	277
	c) Schutzumfang der Garantieeinrichtung	279
	d) Vorschriften für grenzüberschreitende Fälle	282
	e) Rechtsfolgen der fehlerhaften Umsetzung der Insolvenz-	
	richtlinie	283
	f) Schutz von Ansprüchen der sozialen Sicherheit bei	
	Insolvenz	285
	2. Schutz bei Massenentlassungen (RL 98/59/EG)	287
	a) Begriff der Massenentlassung	
	b) Informations- und Konsultationsverpflichtung	
	c) Massenentlassungsverfahren	294
	3. Übergang von Unternehmen und Betrieben	
	(RL 2001/23/EG)	296
	a) Persönlicher Anwendungsbereich und Begriffs-	
	bestimmungen der Betriebsübergangsrichtlinie	
	b) Der Betriebs(teil)begriff der Richtlinie	302
	aa) Der Übergang einer wirtschaftlichen Einheit unter	
	Wahrung ihrer Identität	302

	bb) Die Funktions- oder Auftragsnachfolgecc) Die Anwendbarkeit der Richtlinie im öffentlichen	306
	Dienst	309
	c) Übergang auf einen anderen Inhaber durch vertragliche	
	Übertragung und Verschmelzung	312
	d) Der ex-lege-Übergang der Arbeitsverträge und	
	-verhältnisse	
	aa) Verbot der übergangsbedingten Kündigung	317
	bb) Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	319
	cc) Verzichtbarkeit der Rechte	323
	e) Übergang kollektivrechtlicher Rechte und Pflichten	324
	f) Schutz der betrieblichen und überbetrieblichen Alters-	
	versorgung	329
	g) Mitwirkung und Kontinuität der Arbeitnehmervertretung	330
III.	Kollektives Arbeitsrecht	332
	A. Sozialpartnerschaftliche Gestaltung der Arbeitsbeziehungen	332
	1. Der soziale Dialog	333
	2. Anhörungs- und Beteiligungsrechte der europäischen	
	Sozialpartner an der sozialpolitischen Rechtsetzung	
	(Art 154 AEUV)	333
	3. Vereinbarungen der Sozialpartner (Art 155 AEUV)	337
	a) Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner	337
	b) Durchführung durch Mitgliedstaaten	
	c) Beschluss des Rates	
	4. Durchführung von Richtlinien durch die Sozialpartner	
	(Art 153 Abs 4 AEUV)	339
	5. Europäische Kollektivverträge (Tarifverträge,	
		340
	B. Beteiligung der Arbeitnehmer an unternehmerischen	
	Entscheidungen	344
	1. Information und Konsultation der Arbeitnehmer bei	
	bestimmten Entscheidungen	348
	a) Massenentlassungen	349
	b) Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebs-	
	teilen	356
	c) Sicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer	360
	d) Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse	362
	e) Angebote zur Übernahme einer Gesellschaft	362
	2. Festlegung eines allgemeinen Rahmens zur Unterrichtung	
	und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen	
	Union	363

	a) Anwendungsbereich der Richtlinie	366
	b) Modalitäten und Gegenstände der Unterrichtung und	
	Anhörung	370
	c) Durchsetzung der Beteiligungsrechte und Schutz der	
	Arbeitnehmervertreter	371
	d) Verhältnis der Richtlinie zu anderen Bestimmungen und	
	Umsetzung	373
3.	Beteiligung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit	
	operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen	
	(Europäische Betriebsräte)	374
	a) Geltungsbereich der Richtlinie	378
	b) Auskunftsanspruch über das Vorliegen der Beteiligungs-	
	voraussetzungen	379
	c) Vorrang der Verhandlungslösung	382
	d) Einrichtung eines Europäischen Betriebsrats kraft	J 0 2
	Gesetzes	385
	e) Die Arbeitsweise des Europäischen Betriebsrats	
	f) Verhältnis zu anderen Richtlinien	388
	g) Umsetzung der RL 94/45/EG, bisherige Erfahrungen	500
	mit dem Europäischen Betriebsrat und Entwicklungs-	
	perspektiven	389
1	Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gesell-	307
т.	schaft (Societas Europaea, SE)	397
		399
	a) Historische Entwicklung der Societas Europaea	377
	b) Regelungssystematik und gesellschaftsrechtliche Grund-	102
	züge	403
	c) Grundprinzipien der RL 2001/86/EG zur Beteiligung	100
	der Arbeitnehmer in der SE	406
	d) Vorrangiges Verhandlungsverfahren zur Festlegung der	407
	Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer	407
	e) Subsidiäre gesetzliche Regelung der Beteiligung der	444
	Arbeitnehmer	
	f) Verhältnis der SE-RL zu anderen Bestimmungen	
	g) Arbeitsweise des Vertretungsorgans der Arbeitnehmer	
	h) Mitgliedstaatliche Umsetzung der SE-RL	415
	i) Erfahrungen in der Anwendung der SE-VO und der	
	SE-RL	417
	j) Impulse der SE für die Entwicklung des nationalen	
	Mitbestimmungsrechts	422
5.	Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen	
	Genossenschaft (Societas Cooperativa Europaea, SCE)	424

	a) Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	425
	b) Die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer	426
	c) Mitgliedstaatliche Umsetzung der SCE und Praxis-	
	erfahrung	427
	6. Auswirkungen der Verschmelzung von Unternehmen aus	
	verschiedenen Mitgliedstaaten auf die Beteiligungsrechte der	
	Arbeitnehmer	429
	a) Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	
	b) Folgen der Verschmelzung für die Beteiligungsrechte der	
	Arbeitnehmer	433
	c) Mitgliedstaatliche Umsetzung der Verschmelzungsricht-	
	linie und Praxiserfahrung	436
	7. Auswirkungen der Verlegung des Gesellschaftssitzes in	
	einen anderen Mitgliedsstaat auf die Beteiligungsrechte der	
	Arbeitnehmer	439
	a) Rechtssetzungspläne der Kommission zur Sitzverlegung.	
	b) Die Sitzverlegung in der Rechtsprechung des EuGH	
	aa) Bestimmung des Gesellschaftsstatuts im IPR: Sitz-	
	und Gründungstheorie	443
	bb) Rs Daily Mail als Grundsatzentscheidung zum	
		445
	cc) Rs Centros, Rs Überseering und Rs Insprire Art als	
	Entscheidungstrias zum Recht auf Zuzug	446
	dd) Rs Cartesio und Rs VALE zum Recht auf grenzüber-	
	schreitende Umwandlung	448
	ee) Fazit für die Mitbestimmung	
	8. Diskussion um die Arbeitnehmerbeteiligung in weiteren	101
	geplanten Europäischen Gesellschaftsformen	452
	C. Koalitions- und Arbeitskampfrecht	
	1. Koalitionsrecht	
	2. Arbeitskampfrecht	
	a) Streikrecht	
	b) Aussperrung	
IV.	Arbeitsschutzrecht	
1 **	A. Die primärrechtliche Verankerung des Arbeitsschutzes	
	B. Sekundäres Recht	
	Die Systematik des sekundären Arbeitsschutzrechts	
	2. Organisatorische Sicherstellung des Arbeitsschutzes	
	3. Schutz der Arbeitsstätten	
	4. Geräte- und Anlagensicherheit	
	T. Octate- und minagensienemen	TOU

	a) Richtlinien über Sicherheitsanforderungen an Arbeits-	
	mittel	
	b) Richtlinien über die Sicherheit von Produkten	
	5. Schutz vor Gefahrstoffen	
	6. Sozialer Arbeitsschutz	490
	a) RL 92/85/EWG über die Durchführung von Maß-	
	nahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesund-	-
	heitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen,	
	Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am	
	Arbeitsplatz	490
	b) RL 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeits-	
	zeitgestaltung	
	c) RL 94/33/EG über den Jugendarbeitsschutz	508
Drit	ter Teil Europäisches Arbeitskollisionsrecht	509
I.	Die Verordnung (EU) 1215/2012(EuGVVO) über die gerichtliche	
	Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von	
	Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	512
	A. Bestimmung des Gerichtsstandes in Arbeitsrechtssachen nach	
	der EuGVVO	515
	1. Klagen gegen den Arbeitgeber	
	2. Klagen gegen den Arbeitnehmer	
	3. Gerichtsstandsvereinbarungen und rügelose Einlassung	
II.	Die VO (EG) 593/2008 über das auf vertragliche Schuldver-	
	hältnisse anzuwendende Recht (Rom I-VO)	522
	A. Allgemeines zur Rom I-VO	522
	B. Arbeitsrechtliche Besonderheiten der Rom I-VO	524
	C. International zwingende Vorschriften (Eingriffsnormen)	
	D. Ordre public	531
III.	Die Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeit-	
	nehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen	
	(Entsenderichtlinie)	532
	A. Einleitung	533
	B. Anwendungsbereich der Entsenderichtlinie	535
	1. Persönlicher Anwendungsbereich	535
	2. Sachlicher Anwendungsbereich	537
	3. Materiellrechtlicher Inhalt der Entsenderichtlinie	538
	a) Die Dienstleistungsfreiheit als Grenze der Anwendbar-	
	keit der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates	542
	4 Ausnahmen	547

	5. Informationseinrichtungen, Zusätzlicher Gerichtsstand,	
	Strafmaßnahmen	548
IV.	Multilaterale Verträge	549
EuG	GH Entscheidungsregister	553
Sach	verzeichnis	565